

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 60.— Mk. Durch Austräger 80.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsstunde: 6—8 Uhr nachmittags. — Postfach-Nr. 810 69. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8887.

Sonnabend, 10. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 60.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Retikame: Die Millimeterzeile 8 gespaltene oder deren Raum im Wert 150.— Mark.

Worauf wartet Ihr noch?

Der Hunger wächst mit jedem Tage. Die Regierung Cuno untersttützt die Groß-Bucherer. Die sozialdemokratischen Führer arbeiten ein „außersittliches Wirtschaftsprogramm“ aus. Ihr müßt sie zum Kampfe zwingen oder über ihre Köpfe hinweg zur Tat schreiten.

Breslau, den 9. Februar.
Mit jedem Tage werden die Preise in die Höhe getrieben. Die Löhne bleiben dieselben. Das Proletariat sieht dem tatenlos zu. Ein Teil erwartet Abhilfe von der Cuno-Regierung, die das Exekutivkomitee der Groß-Bucherer ist. Der andere wartet, bis die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführer eingreifen und den Bucherern mit aller Kraft in den Arm fallen.

Sie können warten bis sie verhungern, eh ihnen von dieser Seite geholfen wird.

In Münster und Westfalen hat der augenblickliche Reichszankler Cuno „draconische Maßregeln“ gegen den Hunger angekündigt.

Die Industriellen und die Junker lachen darüber. Ihr Wahlspruch ist: Kein Tag ohne seinen Preissprung. Sie scheffeln wie toll, voran die Ritter von Kohle und Eisen die kapitalistischen „Freiheitshelden von der Ruhr“.

Warum auch nicht? Sie wissen: ihnen geschieht nichts.

Der Reichszankler Cuno (samt seinem Vorgesetzten Ebert) veröffentlicht den Entwurf eines „Notgesetzes“. Dies Notgesetz ist der reine Hohn. Cuno und Ebert bekämpfen die Not, man höre und staune: durch zwei Artikel über „Wirtschaftsbetrieb und Einschränkung der Luftverkehrsmittel“, durch einen Artikel über „öffentlichen Anschlag von Preistreibern“, durch einen Artikel über „Pahschikanen für Ausländer“, durch einen Artikel über die „Behandlung der Ruhrflüchtlinge“ und schließlich durch einen dunklen Artikel, der Ebert das Recht gibt, „Verbote und andere vom geltenden Recht abweichende Bestimmungen zu erlassen, um fremde Einwirkungen auf die deutschen Verhältnisse auszuschließen“.

Das ist eine Verhöhnung der notleidenden Massen seitens der Cuno-Regierung. Und die berufenen Vertreter des Proletariats?

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat sich ebenfalls mit der Not beschäftigt. Darüber wird berichtet: Der von der Sozialdemokratischen Partei eingesetzte Wirtschaftliche Ausschuss hat ein ausführliches Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet, das bereits gestern vom Parteivorstand bei den Beratungen des Parteiaussschusses vorgelegt werden konnte.

Dieses Programm wurde vom Parteiaussschuß gebilligt. Es enthält die Forderung einer energischen Erfassung der Sachwerte, fordert von der Regierung weiter energische Maßnahmen gegen die Spekulation und verlangt Maßnahmen gegen die Forderung sowie die Sicherstellung des Lebensmittelsbedarfes der minderbemittelten Bevölkerung. Weiterhin werden Maßnahmen verlangt, die zur schärferen Einziehung der Einkommensteuer bei nicht Lohn- und Gehaltsempfängern dienen sollen, damit dem Reich nicht großer Schaden durch die steigende Geldwertverwertung durch die Steuerzahlung entsteht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion stellte ebenfalls ein Wirtschaftsprogramm auf, das sich mit ähnlichen Fragen beschäftigt. Die Verabschiedung erfolgt jedoch erst, nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Kenntnis davon gewonnen hat sowie ihre Stellung dazu festgelegt ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich sogleich nach ihrem Zutritt damit befassen.

Von den Chemnitzer Betriebsräten wurden in einer Vollversammlung u. a. folgende Forderungen aufgestellt und an die Reichsregierung gerichtet:

Die Belegschaft der Konfektionsfabrik in D-S. für den Klassenkampf, gegen die Ruhrhilfe, für den Rücktritt der Cuno-Regierung und Bildung einer Arbeiter-Regierung.

Am 2. d. Mts. besaßte die Belegschaft der Concordia-Fabrik sich mit der politischen Lage. Sie lehnte einstimmig jede Beteiligung an der nationalsozialistischen Einheitsfront ab und sprach sich durch einstimmige Annahme einer Entschuldigungsverordnung für den schärfsten Klassenkampf aus. U. a. werden gefordert: Keine Beteiligung der Arbeiterschaft an der „Ruhrhilfe“, Sturz der Cuno-Regierung, Bildung einer Arbeiterregierung, Trughandels mit Sowjet-Rußland, Bewaffnung des Proletariats, ausserordentliche Erhöhung der Löhne, Einführung der 6-Stunden-Arbeit im Bergbau. Sofortige Auszahlung einer Ernennungszulage in Höhe von 100 000 Mk., Aufhebung des 10prozentigen

Sofort Maßnahmen in großem Umfange zu treffen für produktive Erwerbslosen-Verzögerung und zur Verringerung der Not der Arbeitslosen und Mittel hierfür bereitzustellen.

Die Mittel sind bereitzustellen aus der sofortigen Einziehung der Besitz- und Einkommensteuer der Kreise, die ihre Steuern für die Jahre 1921 und 1922 noch nicht bezahlt haben; zu bezahlen sind die Steuern nach dem Markwert des Veranlagungsjahres. Entlastung der Lohnsteuerzahler durch Erhöhung der Ermäßigungsbeiträge.

Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährung:

a) Rationierung der wichtigsten Lebensmittel für die Notzeit und Festlegung der Höchstpreise für diese.

b) Beschlagnahme ohne Entschädigung bei Uebertretung der Höchstpreise.

c) schärfste Strafbestimmung für Uebertretungen der Höchstpreise und entsprechende Anweisung an die Justizbehörden zum Zwecke sofortiger Erledigung der Strafverfahren.

d) lückenlose Kontrolle durch die Preisprüfstellen unter Hinzuziehung freiwilliger Helfer aus Verbraucherkreisen; insbesondere strenge Ueberwachung der Geschäftsgewährung und Preispolitik der Erzeuger- und Händlerversammlungen.

Programme und „Punkte“ sind, wenn die die Proleten zur Tat bereit waren und diese „Punkte“ wieder in die Rumpfkammer zu stellen, wenn die Erregung der Proleten sich ein wenig legte. Das ist den „berufenen Vertretern“ niemals schwer gefallen. Wir erinnern nur an das Sozialisierungsprogramm, an die Bielefelder „Punkte“ an die „Punkte“ zur Sachwertverfassung, an das Abkommen mit der SPD. nach dem Rathenau-mord usw., usw.

Jetzt kommt alles darauf an, daß die breiten Arbeitermassen in Betrieb und Gewerkschaft zu den von ihren Führern aufgestellten Forderungen Stellung nehmen und dafür sorgen, daß das, was auf dem Papier von „Wirtschaftsprogrammen“ steht, nicht auf dem Papier bleibt.

Rührt sich die Arbeitermasse nicht, wartet sie auf die sozialdemokratischen Zeitungen, so wird nichts geschehen, wie schon oft.

Soll etwa in „nationaler Einheitsfront“ mit Cuno, Stinnes und Thyssen die Sachwertverfassung und die Lebensmittelrationierung durchgeführt werden?

Was zu geschehen hat, ist in den Grundzügen klar: Der Rücktritt der Cuno-Regierung muß erzwungen und eine tatfähliche Arbeiter und Kleinbauernregierung gebildet werden.

Die Kapitalisten haben alle Kosten der Ruhrbesetzung aus eigenem Beutel zu zahlen. Dazu sofortige Erfassung der Sachwerte.

Staatliche Erfassung der Lebensmittel und der wichtigsten Rohstoffe, sowie Preisfestsetzung unter ausschlaggebender Kontrolle der Betriebsräte.

Das sind Forderungen, die umgehend durchgeführt werden müssen. Sie können erst dann verwirklicht werden, wenn die Proleten in Stadt und Land aufmarschieren.

Worauf wartet ihr noch, Proleten?

Lohnabzuges, Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland und Frankreich.

Die Belegschaften der anderen Betriebe müssen sich diesem leuchtenden Beispiel anschließen.

Vollversammlung der Hamburger Betriebsräte.

Eine von Tausenden von Hamburger Betriebs- und Gewerkschaftsvertretern besuchte Betriebsrätevollversammlung forderte: Erhöhung der Löhne um mindestens 150 Prozent. Als Druckmittel soll eine Demonstration veranstaltet werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen alle Nachmittel anwenden, um die Anpassung der der Inlandserzeugnisse an den Dollarstand und darüber hinaus zu verhindern, solange nicht auch die Löhne dem Dollarstand angepaßt sind. Die Versammlung stellte außerdem die Forderung auf: Sturz der Regierung Cuno! Errichtung einer Arbeiterregierung!

„Arbeiterchaft und Ruhrbesetzung.“

„Ins Zuchthaus mit den Kommunisten!“ „Tod den Kommunisten!“ „Es lebe die nationalsozialistische Einheitsfront und der Profit!“

In der Sonntag-Ausgabe der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ (Nr. 34 vom 4. Februar) meldet sich an leitender Stelle ein Dr. Erich Schmidt, Eichwald, zu Wort. Er ergießt dort seine Schmähen, Wünsche und Hoffnungen über die „Arbeiterchaft und Ruhrbesetzung“. Wir wollen sie unseren Lesern zur Kenntnis bringen und ins rechte Licht kommunistischer Kritik setzen. Dieser Laie des Herrn Stinnes wertet zuerst über den „französischen Einfall ins Ruhrgebiet“, über Frankreichs „Völkerverratsbruch“, das darauf ausgehe, „Deutschland nach seiner militärischen und politischen Vernichtung nunmehr auch wirtschaftlich zu Tode zu treffen“. Den Einfall der britischen Kapitalisten bezw. Militaristen nach Belgien, den Bruch deutscherseits oftmals beschworener Verträge, die „man“ im Krieg als einen hohen Papier behandelte, das Bestreben „Deutschlands“ d. h. der deutschen Imperialisten, im Weltkrieg: „Frankreich“ nicht nur militärisch und politisch, sondern auch „wirtschaftlich zu Tode zu treffen“, all diese von den deutschen Kapitalisten und ihren Lakaien begangenen Verbrechen läßt er unerwähnt: geschahen sie doch „im nationalen Interesse“! Es steht den deutschen Kriegsverbrechern schlechthin an, sich über die Verbrechen ihrer französischen Kollegen moralisch zu entrichten.

Nach diesem Herrn „Dr.“ wäre es lediglich „die Politik der Entente“ gewesen, die „genügt hätte, Deutschland wirtschaftlich völlig zu verelenden und seine Bevölkerung der Hungersgefahr preisgegeben“. Das müssen wir diesem „Magister“ bestritten. Denn die deutschen Kapitalisten waren und sind es, die durch ihre Raffgier die Bevölkerung Deutschlands der Hungersgefahr preisgegeben haben. Sie haben den Krieg verschuldet, angezettelt, verloren, das Staatslädell ausgeplündert und alle Kosten des verlorenen Krieges der zerrütteten Wirtschaft und des verfallenen Friedensvertrages auf die Schultern des Proletariats abgewälzt. Oder ist es nicht wahr, daß Stinnes und Konjorken im Krieg und nach der Revolution „gemacht“ haben, daß sie sich nach ihrem eigenem Geständnis „buchstäblich totverdienen“, während Proletariat und Mittelstand hungern? Ist es unwahr, daß die Proleten mehr als 80 Prozent aller Steuern aufbringen, während die Kapitalisten seit 1920 noch keine Einkommensteuer zahlen? Ist es unwahr, daß die Kohlenmagnaten von der Regierung 40 Milliarden Kohlensteuern gestundet wurden, die sie von den Proleten einlassiert haben — und an denen sie durch die Marktentwertung mindestens 1000 Milliarden verdient haben?

Haben diese Großadelsbewahrer, die wohl die Preise seit 1914 um das 8—15000fache erhöht haben, den Proleten aber nur um das 500—750 fache erhöhte Löhne zahlen, dem Mittelstand durch die Marktentwertung die spärlichen Ersparnisse rauben — haben diese verketteten, in den Bädern um Schlagsahne-Beckern veranstaltenden unchristlichen und jüdischen Groß-Bucherer nicht die Bevölkerung der Hungersgefahr preisgegeben?

Noch zurück zum „Einfall Frankreichs“. Da schreibt dieser Herr Dr. in seiner Eigenschaft als Vertreter der Arbeitnehmer-Berufsverbände:

„Dem wildsten französischen Chauvinismus, wie er sich im Poincaré verlorbert, genügt die bisherige soziale Bedrückung Deutschlands noch nicht. Deshalb sind sie in das Ruhrgebiet eingedrungen.“

So! Nur wissen es die Arbeiter, warum „Frankreich“ ins Ruhrgebiet eingedrungen ist! Den französischen Chauvinisten „genügt die bisherige soziale Bedrückung Deutschlands noch nicht!“ Dummeres Zeug als

dieser Herr „Dr.“ es behauptet, könnte nur ein Professor behaupten. Das gelehrte Haus hat hier aus demagogischen Gründen die Wirkung mit der Ursache verwechselt.

Auf einen patriotischen Schwindel mehr oder weniger kommt es ja doch nicht an.

Das die französischen Kapitalisten ins Ruhrgebiet einmarschiert sind, um auf ihre deutschen Kollegen einen Druck auszuüben und sie zu zwingen, mit ihnen einen Traktat zu bilden, ihnen 60 Prozent der Aktion des deutsch-französischen Erz- und Kohlegeschäftes zu überlassen, das verschweigt oder unterschlägt dieser auch Arbeitervertreter den Proleten. Aus dem Streit zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten macht er eine „nationale Sache“!

Dass der im Ruhrgebiet auf dem Rücken des Proletariats geführte „Verteidigungskampf“ lediglich ein Kampf der deutschen und französischen Großkapitalisten um die Höhe der Geschäftsanteile, und also um die größtenteils profitable, bestätigt sogar unvorsichtiger Weise die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der dortigen Schwerindustrie. Am 20. Januar schrieb sie:

Die Situation ist am besten gekennzeichnet worden durch den Ausdruck „die Stinnes im Reichswirtschaftsrat getan hat. Wir können nicht mit Sicherheit einen Konzern bilden, in dem Pouchet 33 Prozent und Stinnes 40 Prozent behält.“

Und um die 60 Prozent zu erringen schreien sie in Deutschland die Kalorien des Kapitals die Kehle wund: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ „Hinein in die nationale Einheitsfront!“ In Frankreich wieder schreien sie (ebenfalls heiler Schön): „Für die heilige und gerechte Sache!“ „Hinein in die nationale Einheitsfront!“ Und weil die Kommunisten haben und drücken die „nationale Einheitsfront“ nicht mitmachen und den mit patriotischen Phrasen „geschmückt“ „Vaterlandstettern“ die Mäste vom Gesicht reißen, den Arbeitern sagend, daß der Größte des Vaterland der Reiche ist — deshalb brüllt man hüben und drüben: „Ins Zuchthaus mit den Kommunisten. Tod den Kommunisten!“ Auch unser Kommunistenstreifer aus dem Eichwald brüllt:

Die Reichsregierung hat als einzig mögliche Antwort auf den ehrlichen Rechtsbruch Frankreichs das gesamte deutsche Volk zum einseitigen nationalen Widerstand aufgerufen. Die Regierung der Reichsregierung hat in allen Bevölkerungsklassen mit Ausnahme der Kommunisten deren politische Geschäft der unermesslichen Herrschaft ist lebhaften Widerstand gefunden.

Es ist nicht, wie es heißt, wenn man behauptet, daß an der zukünftigen Einstellung der Arbeitnehmerschaft und der Arbeiter sich im besonderen die Lösung der oben dargestellten Aufgabe (die nationalpolitische Einheitsfront) zu erfüllen und zu verwirklichen die Reichsregierung erstreben würde. Deshalb ergibt sich eine unabweisbare Schlussfolgerung: Die Lösung der nationalen Einheitsfront ist unter dem Banner des nationalen Widerstandes zu zwingen, und zum anderen die Arbeitnehmerschaft, die unter deutscher Führung gegenüber nachdrücklicher Führung steht, vor dieser Führung zu bereiten.

Die Schwärzende, die beiden Seiten einseitig kommunistischer Hochverrat, andererseits SPD-Erklärungsmittel. Die Reichsregierung wird die Arbeiterbehörden und am besten dadurch in die gewählten Rätereivaterländischen Willensgebungen, indem in der Arbeiterbehörden der nationale Widerstand immer wieder aus neuer Arbeit und gehäht wird.

Er ermahnt die Reichsregierung an die Notwendigkeit gegen Wucher, Schwindertum und „ausländisches Gesindel mit drakonischen Strafen vorzugehen. Die letzte Forderung, gegen das ausländische Gesindel mit drakonischer Strafe vorzugehen, soweit es Proletariat ist, dürfte die einzig sein, die zu erfüllen die Cuno-Regierung nicht zögern wird. Die anderen Forderungen sind Verschönerungen für das Volk: es soll glauben, daß doch etwas getan worden soll, daß die Regierung etwas tun wird.

Doch unter „Vaterlandstettern“ fordert noch mehr um abzumachen „die bayerischen Behauptungen der nationalistischen Elemente, die immer wieder die Arbeiterklasse glauben machen wollen, daß die wirtschaftlich härteren Schichten alle Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse mit Unterstützung der Regierung abzumachen haben“!

Er fordert: „das ungeschickteste Vorgehen der Regierung und Verleumdungen gegen jede soziale Bewegung unserer Reichsgeschichte in Verbindung mit einer unabweisbaren Erklärung der Reichsregierung, daß sie alle diese Stimmungen unmöglich machen und gegen jeden Streik vorgehen werden, es sei denn ein „Erfüllungsstreik“ gegen die Entate.“

Stören also die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Arbeiter das Wirtschaftsleben — so ist das ein prävolles Beginnen, das mit drakonischen Mitteln unterdrückt werden muß — fordert die Bourgeoisie zur Sabotage des Wirtschaftslebens auf, um dadurch den Profitanteil zu erhöhen, so ist das erlaubt, geschieht es doch im nationalen Interesse, zugunsten der „Allgemeinheit“. Diese „Arbeitervertreter“ sind doch alle aus einem Holz geschnitten, mögen es nun „national“ oder auch sozialistisches „internationale“ freigezwirnenes Holz sein: immer gegen das Proletariat und für seine Ausbeuter.

Alle schreien in „Tod den Kommunisten“ und wollen die Arbeiterklasse den Händen der bewährten konservativen Elemente entziehen.“

Unter „Dr.“ gibt die Mittel und Wege an: „Hier vermag lediglich Stinnes gegen den Hochverrat und sozialen Verrat für die deutschen Volkswirtschaften selbst zum Ziele zu führen. Schon längst hätten Sozialisten die Gleich der „Rote Fahne“ festgesetzt ihr internationales Gift in die Massen hineinzuschleudern versuchen, bis hin zu werden wägen. Sozusagen hätte die Arbeiterklasse von der verarmungsbedingten Stelle der Reichsregierung die volle Wahrheit über die Folgen jedes Hochverratstreikes erfahren müssen, so daß sie erkennen, daß diese falligen Prozeduren sie nur zur nächsten Hungerrunde zu führen vermögen.“

Ja ja! Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ist diesen Herrn sehr ungenügend, schreudert sie doch täglich ihr „internationales Gift“ in die Massen. Auch hier unterläuft dem Herrn „Dr.“ ein Fehler, zumal es internationales

gegen Gift ist, das die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in die Massen schleudert, die mit dem nationalstiftischen Gift verflochten worden sind. Den Unstimm, daß wir Kommunisten die Hochverräter sind, die die Arbeiterklasse „zur nächsten Hungerrunde“ führen“ möge die Reichsregierung verkünden — ob ihn die Arbeiter glauben werden, ist eine andere Sache. Heute fühlt es bereits der Blinde mit der Krücke, daß es die Großadelsbewahrer sind und ihre bisherigen Regierungen — von den Volksbeauftragten bis zur Cuno-Regierung — die das Volk „zur nächsten Hungerrunde“ zu führen vermögen!“

Zum Schluss legt der nationalstiftische Knecht des Kapitals nachstehende Lemnüte aus:

Den Willen zur nationalen Abwehr werden wir dann umso eher in der Arbeiterschaft zu erhalten und zu stärken vermögen, wenn die Schichten, die geistig und wirtschaftlich führend sein wollen das gute Beispiel wahrer Vaterlandsliebe geben.“

Das du die Nase im Gesicht behältst! Unser „Doktorchen“ denkt: „Es merkt ja doch kein Mas, daß es Schmutz ist.“

Beispiele wahrer Vaterlandsliebe seitens der „geistig und wirtschaftlich führenden Schichten“? Da können wir gleich einige zum Besten geben:

1. Während des Krieges haben diese Krise (Stinnes, Krupp und Konsorten) die Oberste Heeresleitung mit den Forderungen im Stich gelassen und an das Ausland Waffen geliefert, weil es besser bezahlt.

2. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes haben die Börsenjobber die Markt auf mehr als ein 10 000stel ihres früheren Wertes anwertet, den Preis des Dollar auf das 10 000fache des Friedenspreises heraufgetrieben, und die „geistig und wirtschaftlich führenden Schichten“ haben die Preise für alle Waren auf das 10 000 bis 15 000fache erhöht, dem Dollarkurs von 45 000 bis 50 000 Mk „angepaßt“, während die Löhne kaum auf das 750fache „erhöht“ worden sind!

3. Mit der Besetzung des Ruhrgebietes haben die Kohlemagnaten die Kohlenpreise um 180 Prozent hochgetrieben, obwohl die Löhne an die dortigen Bergarbeiter aus Mitteln des „Volksopfers“ und der „Ruhrhilfe“ gezahlt werden. In den nächsten Tagen sollen die Kohlenpreise ungefähr soviel wieder um 100 Prozent erhöht werden — angeblich weil die Löhne gestiegen sind — und weil den Grubenmagnaten die Abführung der von den Konsumenten eingenommenen Kohlensteuer nicht mehr gestundet wird!

4. Die Kohlenkönige haben sich seit August, wo der Dollar auf 700 stand, von der Regierung für 40 Milliarden Kohlensteuer stunden lassen — wodurch sie bei der Geldebewertung mindestens 1000 Milliarden Mark glatt „verdient“ haben!

5. Die Schwerindustrie hat sich nach der Ruhrbesetzung 130 Milliarden Mark Kredite geben lassen, die sie entweder mit entwertetem Gelde — oder überhaupt nicht mehr zurückzahlen wird.

6. Die Schwerindustrie griff nach der Eisenbahn, um sie zu einer für sie noch ergiebigeren Profitquelle umzugestalten durch Massenentlassungen, Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit.

7. Stinnes hat aus England 2 Millionen Tonnen Rohkoll eingeführt, an denen er eine Stange Gold verdient hat!

8. Thronen, für deren Freilassung die Arbeiterklasse eine halbe Stunde urteilt, ließ in keinem Betriebe nachstehende Verfügung anhängen:

„In sämtlichen kaufmännischen Büros! Es wurde festgestellt, daß in einem Teil der kaufmännischen Büros in der Zeit von 11 bis 11:30 Uhr nicht gearbeitet wurde. Diese Zeit muß unbedingt im Laufe jeder Woche an einem der freien Tage nachgearbeitet werden. Die Herren Abteilungsleiter sollen berichten, daß dieses geschehen ist. Die Direktion.gez. Dr. Harte.“

Sind das denn keine „guten Beispiele wahrer Vaterlandsliebe der geistig und wirtschaftlich führenden Schichten“?

Und da reden die verfluchten Kommunisten immer noch davon, daß die „wirtschaftlich härteren Schichten alle Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse mit Unterstützung der Regierung abzumachen haben“!

Man müßte den Kommunisten, diesen Hochverrättern die „Knochen im Leibe kaputt schlagen“!

Herr Koste, Herr Koste! Sie waren es doch?

Ein vorzügliches Heilmittel gegen den Patriotismus. Der 5000-Franken-Helb Thyssen läßt die Arbeiter die Zeit nacharbeiten, die sie gestrichelt haben um ihn zu bezahen!

Bekanntlich hat sich im Ruhrgebiet ein Teil der von Thyssen ausgebeuteten Arbeiterschaft von den Sozialpatronen dazu mitzureden lassen, für die Freilassung ihres „Arbeitsgebers“ einzutreten durch einen halbherdigen Streik. Wenn die Arbeiter jedoch glaubten, daß der befreite „Arbeitsgeber“, von dem ein Arbeiter sagte, daß er 16 Jahre bei ihm arbeitete, ihn aber noch nicht zu Gesicht bekommen habe, ihnen die Zeit bezahlen würde, die sie zu seinem Gunsten freizusetzen, so sind sie im Irrtum. Denn die Direktion der Rheinisch-Westfälischen Thyssen u. Co. (Hauptkammer „Nationalheeres“ Franz Thyssen) hat nach dem halbherdigen Proteststreik gegen die Besetzung des Ruhrgebietes an das gesamte Personal folgende Verfügung erlassen:

„In sämtlichen kaufmännischen Büros! Es wurde festgestellt, daß in einem Teil der kaufmännischen Büros in der Zeit von 11 bis 11:30 Uhr nicht gearbeitet wurde. Diese Zeit muß unbedingt im Laufe jeder Woche an einem der freien Tage nachgearbeitet werden. Die Herren Abteilungsleiter sollen berichten, daß dieses geschehen ist. Die Direktion.gez. Dr. Harte.“

Diese Verfügung offenbart nicht nur den bei Thyssen beschäftigten Arbeitern die Augen, denn die Schäden,

die jetzt im Ruhrgebiet auf Befehl der Großkapitalisten und ihrer Cuno-Regierung angerichtet werden, sei es durch Streiks, passive Resistenz und Sabotage, all diese Schäden müssen die Proleten wieder gutmachen. Alles geschieht zu Lasten des Proletariats. Die SPD-„Presse“ sieht sich in die Tügel getrieben. Das in D.-S. erscheinende Volksblatt stammelt verdattert: „Wie Herr Thyssen die Einheitsfront auffaßt!“ und kommt zu nachstehender Beurteilung der Haltung der SPD:

Die Verfügung spricht lauter als die patriotischen Phrasen der Unternehmer, die zum Opfer für die Not des besetzten Gebietes auffordern. Bei einer solchen Entscheidung des Unternehmertums müßten Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaften sich wohl überlegen, ob es überhaupt einen Zweck hat, gemeinsame Aufrufe mit den Scharfmachern aus Industrie und Finanz zu erlassen. Das süßliche Opfer wird ausschließlich auf Seiten der Lohn- und Gehaltsempfänger sein, während die Sachwertbesitzer aus ihren Kapitalgewinnen alles wieder vielfach erhalten werden.

Es wäre an der Zeit, daß die „Gewerkschaften“ und sozialpatriotischen Parteiführer es sich nicht nur „wohl überlegen, ob es überhaupt Zweck hat, gemeinsame Aufrufe mit den Scharfmachern aus Industrie und Finanz zu erlassen“, sondern daß sie auch aufhören, mit diesen Scharfmachern auf Schritt und Tritt gemeinsame Sache zu machen.

Erwarten, daß sie es freiwillig tun werden, kann nur ein Narr. Die Arbeiter müssen sie dazu zwingen, oder aber sie diesen „Scharfmachern aus Industrie und Finanz“ zur Verfügung stellen.

Die Arbeiter des Ruhrgebiets für die internationale Kampffront.

Die wirtschaftliche Lage spielt sich immer mehr zu. Der Bahnverkehr liegt in großen Teilen des besetzten Gebietes still. Die nationalistische Welle ist fast völlig überwunden. Während die Sozialdemokraten wegen ihrer inneren Differenzen fast keine Versammlungen abhalten, sind von den Kommunisten in den letzten 10 Tagen im alle- und neubesetzten Gebiet 140 Versammlungen einberufen worden, die nahezu restlos überfüllt waren und einen glänzenden Verlauf nahmen. Die Arbeiterschaft am Rhein und an der Ruhr sieht immer mehr ein, daß es sich um einen Krieg der Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs handelt.

In Remscheid sprach am Sonntag in den überfüllten Stadthallen Genossin Käthe Pohl, in Essen im Städtischen Saalbau vor Tausenden Genosse Maslowski, in Düsseldorf im großen Saal der Tonhalle Genosse Walter Stöcker. Unter stürmischem Beifall wandte sich Genosse Stöcker scharf gegen den französischen Imperialismus und den französischen Kapitalismus, der mit denselben Mitteln überwunden werden müsse, mit denen er jetzt die Arbeiter am Rhein bezwingt. Die Voraussetzung für diesen Kampf aber sei der Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Aufrichtung der Macht durch die deutsche Arbeiterschaft.

Die Funktionäre der SPD. von Essen haben in einer großen Versammlung nach einem Referat des früheren USB-Mitgliedes Rosemann beschlossen, keine gemeinsamen Kundgebungen mit bürgerlichen Parteien mehr mitzumachen.

Der Metallarbeiterverband Ortsgruppe Essen hat einstimmig gegen das gemeinsame Vorgehen mit bürgerlichen protestiert.

Der bayerische Faschistensturm vor dem Hauptauschuh des Reichstages.

Im Hauptauschuh des Reichstages brachte der Sozialdemokrat Hermann Müller die Münchener Vorgänge zur Sprache. Der Minister des Innern Dietrich erklärte, daß er amtlich noch keine Kenntnis von den Vorgängen habe, die bayerische Regierung habe noch nicht einmal ihre Belagerungszustandsverordnung der Reichsregierung zugehen lassen. Im übrigen suchte er die Dinge so harmlos wie möglich hinzustellen. Die bayerische Regierung habe mit Hitler lediglich verhandelt, um blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Die Werbungen für die Reichswehr verurteilte die Regierung und werde sie verhindern. Woher die Geldmittel stammen für die großen nationalistischen Trupps habe die Polizei noch nicht entscheiden können.

Helfferich verteidigte die nationalistischen Treiber und verlangt, daß die Regierung gegen die Kommunisten vorgehe. Die „Rote Fahne“ fordere fortgesetzt zu Gewaltanwendungen auf.

Gen. Eichhorn nahm Gelegenheit, dem Minister und einem bayerischen Regierungsvertreter, der in das selbe Horn geblasen, zu sagen, daß die Reichsregierung durch ihre Haltung die bayerischen Faschisten unterstütze. Der erste Schritt auf dieser Bahn sei gemacht worden mit dem Zurückweichen in der Frage des Schutzes der Republik. Jetzt zeigten sich die Folgen. Man habe Hitler zu Gefallen legale Versammlungen der Arbeiter verboden, die Werbungen im Reich seien nur eine Wiederholung der Bildung von Freiwilligenkorps und Landsknechtshäusern, wie 1919 gegen die revolutionäre Bewegung. Das Ziel dieser Angewandenen sei, wie der Minister selbst zugeben mußte, München gewesen. Es handele sich also ganz offenbar um eine groß angelegte Aktion der deutschen Faschisten. Die Bemerkungen Helfferichs bestätigten das: er fordert Ausnahmegeetze gegen die Kommunisten, um die Bahn „zugemacht“ für den faschistischen Sturm.

Minister Dietrich suchte demgegenüber noch einmal, die Sache als harmlos hinzustellen und Müller von der SPD. benutzte die Gelegenheit, einige Ausfälle auf die kommunistische Partei zu machen.

Damit war für den Hauptauschuh die Sache erledigt. Für das Proletariat ist sie nicht erledigt.

Reichsparteitag der KPD.

Die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterregierung.

Nachmittags Sitzung.

(4. Verhandlungstag.)

Fortsetzung des Referats des Genossen Brandler.

Brandler fortsetzend: Ich will die allgemeinen Darlegungen über Einheitsfront und Arbeiterregierung abschließen, indem ich sage, was nach meiner und nach Meinung der Zentrale die Partei tun muß. Ich unterlasse Spekulationen im leeren Raum, ich gehe aus von den konkreten Tatsachen. Auf dem 3. Kongress wurde die Perspektive in der Entwicklung gezeigt nach der unsere Taktik eingestellt ist. Ich will noch darauf hindeuten, daß Sinowjew gangausdrücklich betont hat, daß große Vorsicht bei den nächsten bevorstehenden Aktionen geboten sei, daß wir vor langwierigen, wahrscheinlich lang dauernden täglichen Arbeiten erheblichen praktischen Aufgaben stehen. 1918/19 waren die revolutionären Kämpfe nur auf unsere Propaganda eingestellt. Die Partei hatte kaum die Kraft, in lokalen spontanen Kämpfen ihre Taktik zur Anerkennung zu bringen. In der zweiten Periode der Bewegung, die ohne unser Zutun in Osnabrück (Ergenbergernord), gingen wir durch die Märzaktion geschwächt hinein. Erst in der Rathenau-Kampagne war die Partei wieder stark genug, starken Einfluß auf die Ideologie der Massen zu gewinnen. Während des Kapp-Putsch gelang es uns nur in Westfalen, eine Mehrheit der Arbeiter für uns zu gewinnen. Alle Bewegungen des Proletariats wurden schließlich von der Bourgeoisie niedergeschlagen. Wie jetzt die Stimmung in Bayern ist, hörten wir vom Genossen Eisenberger, die Delegierten aus dem Ruhrgebiet berichteten über die Stimmung der dortigen Arbeiterklasse. Was sagt sie uns? Sie sagt uns, daß zwar die Offensive der Bourgeoisie bisher siegreich war, daß aber die Kraft wichtig geworden ist. Sie ist geworden durch unsere Taktik.

Die Verbindung der USPD und SPD.

brachte den Vereinigten keine Stärkung, der alte Riß ist wieder da. Nun aber läßt sich nicht verkennen, daß eine nationale Welle durch das Land geht, und es wäre unsinnig, anzunehmen die Partei wäre stark genug, diese Bewegung zu überwinden, ohne an die Ideologie der Massen anzuknüpfen. Zudem wir es tun, zeigen wir, daß die Partei die Kraft gewinnt, das volle Ausmaß der nationalistischen Bewegung zu verhindern. Wir müssen die Frage politisch beantworten. Wir müssen aus dieser Bewegung, die für uns ein Mißtrauen zu bringen scheint, ein Plus für uns machen. Bekämpfen wir die Frage, wie sie hier in Sachen konkret steht. Hier stehen wir mitten in der Aktion. Es ist bedauerlich, daß wir gerade jetzt während wir alle Kräfte anspannen müssen, geradezu

Die Rettung des Proletariats

zu vollziehen, daß wir dann gegenströmende Kräfte innerhalb der Partei zu überwinden haben. Wie sehen dann die Thesen der Bezirksleiter aus? Wo zeigen sie uns einen Weg in dieser Situation? Sollen wir jetzt sagen: Nein, wir machen nicht mehr mit, weil das Proletariat sich zunächst in der Defensive und nicht in der Offensive befindet? Wir müssen hinauskommen über diese Fragen und müssen der Arbeiterklasse gegenüber, die uns fragen wird, was sollen wir im nächsten Moment tun, klar Ja oder Nein sagen. Auch den Hamburgern muß ich sagen, daß sie in ihrer Kritik, die zum Ausgangspunkt die Arbeiterregierung hat, nicht glücklich ist. Wenn die Arbeiter mit uns gemeinsam die Abwehr gegen die Faschisten organisieren wollen, sollen wir dann sagen: Wir gehen nicht in die Regierung? Hat diese Diskussion uns überhaupt gehärtet oder geschwächt? Wenn wir uns den

Konkrete Tagesfragen

gegenüber befinden, dann heißt es Stellung zu nehmen, und dann werden wir uns auch verstehen. Wir haben öfter schon, und zwar erinnere ich Euch an die Spartakusparteitage, solche sogenannte prinzipiellen Einwendungen gegen die Politik der Partei gehört. Dort wurden 1. B. von der Opposition die Lohnkämpfe verworfen. Es galt als opportunistisch, etwas anderes zu tun, als die Revolution vorzubereiten. Diese Diskussion ging bis zur Spaltung in Seidelberg. Niemand denkt jetzt mehr daran. Aber jetzt ist es in Berlin und in Hamburg das gleiche. Wenn nun die Arbeiterregierung nicht mit dem gesamten Inhalt unserer Forderungen zu erfüllen ist, sollen wir dann einfach sagen: Wir spielen nicht mit? Es geht genau so, wie in der Frage der Lohnkämpfe auch mit der Arbeiterregierung.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppen!

Wir beziehen hiermit für Sonnabend und Sonntag, den 3. und 4. März, den

6. Bezirksparteitag

Zugsordnung:

1. Die politische Lage. Referent: Zentralvertreter.
2. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Genosse Smolka.
3. Bericht von der Reichsfrauentagung. Referentin: Genossin Kupke.
4. Unsere organisatorischen Aufgaben. Referent: Genosse Delpner.
5. Ergänzungswahlen.
6. Gemeinbewahlen und Bericht von der kommunalen Beratungsstelle. Referent: Genosse Kugel.
7. Verschiedenes und Erlebigung von Anträgen.

Der Parteitag beginnt am Sonntag, den 3. März, nachm. 4 Uhr, im Saale des „Schiffwerder“, Schiffwerderplatz 25, in Breslau. Die Delegierten werden jedoch gebeten, bereits am Freitag, den 2. März, zur Generalversammlung der Produktiv-Berufsgenossenschaft in Breslau einzutreffen. Am Sonntagabend vorantritt die Beschäftigung aller Einrichtungen und Abteilungen unserer Produktiv-Berufsgenossenschaft statt. Während am Sonntagabend in Moskau vorgeführt werden.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten der Ortsgruppen. Die Zahl der auf die einzelnen Ortsgruppen entfallenden Delegierten wird von der Bezirksleitung nach den für Januar abgerechneten Mitgliedsbeiträgen festgestellt. Die Mandatsformulare gehen in dieser Anzahl den Ortsgruppen zu. Jeder Ortsgruppe mit mindestens 50 Mitgliedern steht ein Delegierter zu, auf je weitere 50 Mitglieder ein Delegierter mehr.

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliederversammlungen zu wählen. Wir legen jedoch Wert darauf, daß die Kreisleiter und Ortsgruppenvorsitzenden dabei mitgewählt werden, weil der Partei wichtige organisatorische Beschlüsse zu fassen hat, für deren Durchführung die Genannten verantwortlich sind. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanziell schwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter

Wirkungsvoll mitzukämpfen. Wir müssen arbeiten, wenn auch nicht alle Bütenträume reifen. Freilich wird die Machtfrage von der Arbeiterregierung ausgestellt. Um alle Tagesforderungen erfüllen wir mit der Linken kämpfen. Es war mit der Steuerungsfrage sowie mit der Mietfrage. Besonders haben wir Opportunistenrische erlebt. Die gegebenen Machtverhältnisse sind doch so, daß die Bourgeoisie gar nicht mehr aus eigener Kraft, sondern nur noch mit der USPD regieren kann. Wenn nun der Druck der Arbeitermassen so stark ist, daß die USPD, mit uns kämpfen muß, dann müssen wir miteminander beschließen, ohne Anpöbelung, ohne Verbitterung, die ja doch nur zur Freude unserer Gegner gereicht. Auch wir machen uns keine Illusionen über die Macht der Arbeiterregierung. Aber wir müssen klar herausarbeiten, was uns in diesem Augenblick trennt und was man in der gegebenen Situation erreichen kann. Wir müssen das sachliche, wir müssen das thüringische Proletariat mobilisieren, angeht die ungetreuen Gefähr von rechts. Es ist unbedingt notwendig, daß wir Schwankungen in unseren Reihen sofort liquidieren. Wir müssen

die Autorität der Zentrale stärken, kein persönlicher Intellekt darf sich über die Masseneinstellung stellen. Wir kennen sehr wohl eine Disziplin und zwar eine Disziplin ohne Kadavergehörigkeit, die aus persönlicher, ehrlicher Überzeugung fließt. Einzelauffassungen müssen unter allen Umständen sich unterzuordnen wissen. Wenn dies erreicht sein wird, dann werden wir auch die Aktivität der Partei erreichen. Ich habe mir während der Rede der Genossin Reuß Forderungen aufgeschrieben und habe geäußert, daß darin 2 mal Allotriat vorkommt. Wir müssen Vertrauen auf die Kraft der Partei haben. Wir müssen auch Verständnis aufnehmen gegenüber Andersdenkenden. Das muß ich gerade der Linken empfehlen. Das erklärt sich aus der Art und Weise, wie Ihr zu uns gekommen seid und ich mache Euch keinen Vorwurf daraus. Ihr seid nicht lange in der proletarischen Bewegung. Ihr könnt darum nicht verstehen, was die Psychologie der Langorganisierten ist. Ihr müßt diese Anderen hören, die noch so viele sind. Freilich können sie sich auch trennen, genau so wie Ihr. Aber Ihr müßt lernen, mit ihnen zu rechnen. Der Meißnerfall in einer Volksversammlung, in der man mit linken Stimmungen operiert, ist nicht viel wert, wenn man es nicht fertig bringt, die Schwerfälligkeit der Unorganisierten, die teilweise aus Pietät herrühren kann, wenn man nicht versteht, die gesamte sozialdemokratische Arbeiterklasse dauernd zu beeinflussen. Wir müssen hervorkehren, was sie mit uns verbindet. Von Aktivität zu sprechen, nützt nicht viel. Wir müssen in die Betriebsräte einzudringen verstehen, wir müssen mit den Kontrollausschüssen, mit der Opposition in den Gewerkschaften, mit dem Zusammenschluß der Ausgeschlossenen, Sympathisierenden um uns sammeln. Wir können das in der Gestalt der roten Kartelle tun. Wir können das an allen lokalen und zentralen Punkten tun. Die Sympathisierenden müssen Vertrauen zu uns gewinnen. So üben wir einen Druck auf die USPD aus. Die Steigerung der Parolen ist es nicht, die uns hilft, sondern

Die Steigerung der Kraft der Partei.

Deshalb sollen wir nicht das Gesicht der Partei verhillen. Genießt die Arbeiterregierung nur positiv arbeiten als Diktatur des Proletariats, aber der Ausgangspunkt der Kämpfe ist die heutige Arbeiterregierung, und den Ausgangspunkt wählen wir uns nicht. Die Reste der Tradition, die wir in Deutschland haben, erschweren sehr unsere Kämpfe. Aber sie sind zum Teil auch gute Traditionen gewesen. Es ist doch Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse vor dem Kriege die stärksten Organisationen hatte. Viele Organisationen erschweren uns die Arbeit. In Russland wußt man nichts von diesen Rückständen. Wenn wir die Betriebsräte haben und die Kontrollausschüsse, und stützen die Arbeiterregierung auf sie, so werden wir an der Arbeiterregierung nicht umkommen, sondern wir werden nur einen noch größeren Kreis von Sympathisierenden gewinnen. Wir werden mit immer größeren Massen in den Kampf zu ziehen vermögen und wir werden schließlich das Ziel des deutschen Proletariats erreichen und die volle Macht der Arbeiterklasse.

Gewiß sollen wir nicht das Gesicht der Partei verhillen. Genießt die Arbeiterregierung nur positiv arbeiten als Diktatur des Proletariats, aber der Ausgangspunkt der Kämpfe ist die heutige Arbeiterregierung, und den Ausgangspunkt wählen wir uns nicht. Die Reste der Tradition, die wir in Deutschland haben, erschweren sehr unsere Kämpfe. Aber sie sind zum Teil auch gute Traditionen gewesen. Es ist doch Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse vor dem Kriege die stärksten Organisationen hatte. Viele Organisationen erschweren uns die Arbeit. In Russland wußt man nichts von diesen Rückständen. Wenn wir die Betriebsräte haben und die Kontrollausschüsse, und stützen die Arbeiterregierung auf sie, so werden wir an der Arbeiterregierung nicht umkommen, sondern wir werden nur einen noch größeren Kreis von Sympathisierenden gewinnen. Wir werden mit immer größeren Massen in den Kampf zu ziehen vermögen und wir werden schließlich das Ziel des deutschen Proletariats erreichen und die volle Macht der Arbeiterklasse.

den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Kosten für die Delegierten veranlassen, um auch ihnen den Besuch des Parteitages zu ermöglichen.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau werden den auswärtigen Delegierten Freiquartiere zur Verfügung stellen.

Anträge an den Bezirksparteitag sind bis zum 22. Februar an die Bezirksleitung einzureichen, damit dieselben veröffentlicht werden können.

Die Bezirksleitung KPD. Schlesien.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Für die Anilinarbeiter

wurden von der Belegschaft der Fuchsgrube 8275.— Mark gesammelt und laut eingehender Mitteilung an Börner, Berlin, Abt. 25, abgefaßt.

Ein humaner Arbeitgeber.

In der Holzschuhfabrik von Oswald Wisel in St. Wissa bestehen seit einem Jahr durch die Entscheidung der Tarifkommission die Löhne des Reichsttarifs für die Schuhindustrie. Mit diesem Justar d konnte sich Herr Wisel bisher nur sehr schwer abfinden. Der Betrieb gleicht einem Leberstumpf, Entlassungen und Wiedereinstellungen zu niedrigen Löhnen sind in diesem Betrieb eine ständige Erscheinung.

Herr Wisel war früher selbst Arbeiter und gehört zu den neuen Reichen, die durch den Krieg und nach dem Krieg wahrscheinlich nur durch eigenen Fleiß, vielfacher Millionen und mehrfachen Hausbesitzer in St. Wissa geworden sind.

Um die Arbeiter gefügig zu machen, entläßt er dieselben, nach einigen Wochen des Hungers müssen sie wieder arbeiten unter von ihm selbst festgesetzten Löhnen. In der Desfaultheit müssen solche Leute gekennzeichnet werden. Die Organisation wird das weitere veranlassen.

Centralverband der Schuhmacher.

Versammlung der Waldenburger Bauarbeiter.

Am Mittwoch, den 17. Januar, fand in der Stadtbrauerei eine Bauarbeiterversammlung statt. Den Bericht über die Lohnverhandlungen gab Kollege Bagel. Angehoben wurden uns 10 Prozent, was von Seiten der Arbeiterinhaber abgelehnt wurde. Da sich die Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen nicht einließen, wurde es dem Schiedsrichter überwiesen. Der Schiedsrichter wurde gewählt ab 1.—15. Januar 17 Prozent, ab 16. Januar 10 Prozent. In Anbetracht unserer Lage bei den jetzigen

Witterungsverhältnissen, wo in Breslau allein über 2000 arbeitslose Bauarbeiter sind, wurde der Spruch von Arbeitnehmerschaft angenommen, was auch die Arbeitgeberseite im Laufe dieser Woche getan hat. Kollegen, merkt Euch das, und zahlt es den Unternehmern bei gegebener Zeit, wenn wieder bessere Konjunktur ist, beim 10. Prozent wurden uns angeboten, 17 Prozent brachte uns der Schiedspruch, wo der Dollar über Nacht 2—4000 steigt. Wo Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um das 80—200fache steigen, bietet man uns noch unter dem Index. Oder kommt für die Bauarbeiter im Winter ein anderer Index in Betracht? In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort, da ja der Spruch nicht mal Diskussionen zuließ. Eine Frage an unsere Bezirksleitung: Ist es nicht bald höchste Zeit, Mittel und Wege zu finden, um die Gemeinshaft zu dem zu machen, zu dem sie geschaffen worden ist. Oder ist der Baugewerksbund nicht dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen? Zu Punkt 2 wurden die Delegierten zur Generalversammlung gewählt. Bei Punkt Verschiedenes wurde die Schöpfung der Krankentafeln-Beiträge schärf teils, da die Erhöhung bereits ab 1. Januar in Kraft tritt, während die Unterstützungssätze erst Mitte Februar erhöht werden.

Die Belegschaft der Konkordia-Grube 06. zur Ruhrbelegung

Eine am 2. Februar tagende Belegschaftsversammlung der Konkordia-Grube nahm folgende Resolution an:

„Die am 2. 2. c. im Kasino der Donnersmarkhütte versammelte Belegschaft der Konkordia-Grube erhebt flammenden Protest gegen die Belegung des Ruhrreviers durch die Entente-truppen.“

Sie appelliert an die französischen Klassenbewußten Arbeiter Frankreichs, die alles aufbieten müssen mit den Klassenbewußten Arbeitern ganz Europas, diesem nationalistischen Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Die Klassenbewußte Belegschaft der Konkordia-Grube erblickt in diesem Vorgehen der Entente-Militaristen, provoziert durch die deutschen Kapitalisten und Militaristen, eine Knebelung der Arbeiterkraft Deutschlands und letzten Endes einen neuen Krieg. Die Belegschaft ist daher nicht gewillt ein neues Blutvergießen der Arbeiterkraft, provoziert durch diese militaristische und kapitalistische Clique, zu unterstützen.

Daher lehnt die Belegschaft der Konkordia-Grube jeden Versuch, ihr etwas seitens der Großindustriellen und Kohlenbarone aufzuzwingen, sei es in Abzug von Deputatlohn, Abzug von Stundenlöhnen oder Einführung von Leberstößen, ab. Sie ist gewillt, falls die Arbeiterkraft des Ruhrreviers an die Arbeiterkraft Ober-Schlesiens zwecks einer Unterstützung, sei es in materieller oder ideeller Hinsicht, herantritt, sofort alles daranzusetzen, um sie in ihrem Kampfe für Freiheit und Recht zu unterstützen. Der kommenden Betriebsräte- und Vertrauensmännertagung werden folgende einstimmig angenommene Forderungen unterbreitet:

1. Kampf auf der ganzen Linie gegen jeden nationalistischen Krieg.
2. Abzug der Entente-Truppen aus dem Ruhrrevier.
3. Austritt der Regierung Suno, Bildung einer Arbeiterregierung, die sofort ein Schluß- und Trübsandnis mit Sowjetrußland schließt und proletarischen Widerstand zusammen mit den Arbeitern in den Ententeländern durchführt.
4. Sofortige Entwaffnung der Konterrevolutionäre, Bewaffnung der organisierten Arbeiterkraft.
5. Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau, zur Steigerung der Produktion. Keine Durchbrechung des Achtstundentages in den übrigen Industrien.
6. Ausreichende Lohnverhöhung, Bereitstellung von genügend verbilligten Lebensmitteln, sofortige Auszahlung von 100000 Mark Feuerungszulage an alle Arbeiter, Angestellten, Kriegsbeschädigten und Sozialrentner.
7. Befreiung des 10 prozentigen Steuerabzugs vom Lohn.
8. Sofortige Freilassung aller proletarischen, politischen Gefangenen in Deutschland und Frankreich.

Die Belegschaft der Konkordia-Grube.

Nochmals die „Rotgenossenschaft“ bei Meinede.

Man schreibt uns: „Die Belegschaftsversammlung am 24. Januar entschied sich mit überwältigender Mehrheit für eine „freie“ Wistenammlung „Brüder in Not“. Auf diesen „freien“ Listen wurden Beiträge bis zu 1000 Mark gezeichnet. Dies jedoch genügte den Gewerkschaftsbürokraten nicht, denn es kam ihnen überhaupt weniger auf die Unterstützung der „Brüder in Not“ als auf den nationalen Nummern an, denn sie liegen durch die Betriebsräte die Beiträge wieder zurückzahlen. Man zog man folgendes Theater auf. Unter Wirtschachtung des Mehrheitsbeschlusses ging man zu einer neuen Abstimmung über. Und nun past auf, Arbeiter! Man wollte unter allen Umständen erzwingen, daß die Belegschaft überstunden leisten soll. Die Betriebsräte gingen mit Betteln von Mann zu Mann haustüren, um Stimmenfang für die Überstunden zu treiben. Man wollte also auch die „notleidenden“ Kapitalisten unterstützen, denn der Mehrwert der geleisteten Überstunden fließt doch den Unternehmern in Gestalt von Profiten zu. Am Montag darauf wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß die „freie“ Wistenammlung mit übergroßer Mehrheit abgelehnt sei und statt der Geldsammlung empfiehlt man der Belegschaft, am Dienstag und Mittwoch je eine Überstunde zu leisten. Man hatte die Stimmensammlung so gedeckelt, daß eine Kontrolle nicht möglich war. Durch Vangemachen und Terror ließ sich doch ein Teil verleißen, Überstunden zu leisten, während ein anderer Teil dieselben verweigerte.“

Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, um das sie jahrzehntelang gekämpft, mit Füßen getreten wird. Um so schlimmer, als es von ihren eigenen Vertretern geschieht. Diese Handlungsweise schlägt der vielgepriesenen „Demokratie“ geradezu ins Gesicht. Arbeiter, merkt euch das, laßt euch das nicht länger gefallen, sonst seid ihr beizeiten verraten und verkauft.

Generalversammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Zahlstulle Ziegenhals, vom 28. Januar.

Drei Kommunisten in die Ortsverwaltung gewählt.

Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftsbericht, 2. Neuwahl der Verwaltung, 3. Gründung eines proletarischen Mieterkassenvereins. Zu Punkt 1 sprach der Verbandsskretar, Kollege Polmer. Er führte aus: Die herfesten Löhne sind um das 48—50fache gegen den Januar 1922 gestiegen. (Die Margarine ist um das 250—280fache gestiegen. Der Gerätertatler.) Die Mitgliederzahl hat zugenommen, momentan ist allerdings ein Rückgang der Mitgliederzahl des Verbandes zu bemerken. Genosse Schulz führte aus, daß sich 1918 die Arbeiter organisierten, um eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen. Heute sehen sie ein, daß dieses nicht der Fall ist (siehe Löhne und Steuerung), deshalb werden sie gleichgültig. Schuld daran trägt die Einstellung der Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaft, Ausweisen vor jedem Kampf usw. Unsere Aufgabe muß es sein, uns fester denn je zusammenzuschließen zum Kampf gegen Not und Elend. Aber nicht Vereinigung mit den Bürglichen, wie bei der Kreiswahl, dürfte das Ziel sein. Sollen sich unserer Einheitsfront die eigenen Führer entgegenstellen, dann weg mit ihnen und revolutionäre Arbeiter an ihre Stelle gesetzt, dann werden die Gewerkschaften wieder Klassenkampforganisationen werden. Bei Punkt 2 kritisierte Genosse Schulz das Verhalten des 1. Bevollmächtigten Kollegen Rosenberger in sachlicher, aber sehr scharfer Weise (deshalb allgemeine Zustimmung). Er beantragte Neuwahl. Daraufhin wurden drei KPD-Mitglieder in die Verwaltung gewählt. Genosse Schulz wurde einstimmig zum 3. Bevollmächtigten, die Genossen Meier und Glanz als Beisitzer gewählt.

Alles um den Profit!

Neues von der Ausbeuterfirma W. Jacobowitz & Co., Breslau. Wir brachten vor einigen Tagen eine Notiz, in welcher gemüht und brutaler Weise von der genannten Firma die bei ihr beschäftigten beiden Angestellten ausgefagt werden...

In dem gestern erschienenen Artikel in Ihrer Zeitung habe ich zu meinem größten Ersauern von Ihren Angriffen gegen meine Firma erfahren. Diese Angriffe sind nach meinem Empfinden aber auch für mich höchst empörend und peinlich, zumal sie vollständig auf falschen Tatsachen beruhen...

Ich betone ausdrücklich, daß ich diese Zuschrift aus freiem Antriebe an Sie richte.

Hochachtungsvoll!

gez. Charlotte Schöne

Die es Schreiben der Angestellten ist ein klassisches Beispiel dafür, wie das Unternehmertum es versteht, sich auch die Meinung der Angestellten zu kaufen. Wer zweifelt wohl daran, daß dies Schreiben der Angestellten von dem hochanständigen...?

Das bleibt aber schließlich einem Mädchen bei einem derartigen Gehalt übrig, das keine Unterführung von den Eltern bekommt? Es muß sich eben einen Lebenserwerb suchen, wobei ihm sehr oft die brutale und auch sonst lächerliche, dabei natürlich hochanständige Ehe beihilflich sind.

Die in Nr. 25 der Schlesischen Arbeiter-Zeitung vom 22. Januar 1923 mit der Überschrift: 'Ausbeutung'...

Die angegebenen beiden Beträge bilden vielmehr das Quantum, welches die beiden Angestellten beziehen. Neben diesem Gehalt haben jedoch beide Damen Anspruch...

Wichtig ist ferner, daß die Firma es nicht gewagt hätte, die von Ihnen veröffentlichte Zahlung als falsch hinzustellen. Die Firma Jacobowitz hat es lediglich abgelehnt...

räumen Aufklärung zu verschaffen, hat Ihr Vertreter nicht Folge geleistet!

Hochachtungsvoll!

gez. Zellner, Rechtsanwalt

Herr Zellner als Advokat ist schon etwas vorsichtiger. Er spricht nicht davon, daß beide Angestellte diese Schwindelhaft hohen Gehälter bekommen haben, sondern daß sie ihnen garantiert worden sind. Im übrigen bestätigt er unsere Angaben...

Generalversammlung der Schuhmacher.

Der Lohnabzug abgelehnt!

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Montag eine gutbesuchte Versammlung der Schuhmacher statt. Den Rednerbericht gab Kollege Zähler, indem er ausführte, daß die Einnahmen und Ausgaben der Firma...

Den Geschäftsbericht gab Kollege Meiner, der darauf hinwies, daß 1/3 der Beschäftigten am Ort verüßigt arbeiten. Durch Verhandlungen der Betriebsräte war es möglich, Entlassungen zu verhindern...

Durch die Einführung der freien Wirtschaft in der Lederindustrie und die damit verbundene Anpassung an die Weltmarktpreise ist die Nachfrage nach Leder für Luxusgegenstände aller Art so groß geworden...

Im Schuhgeschäft wurde die Arbeitslosigkeit durch die Errichtung eines größeren Betriebes für Instandsetzungsarbeiten von einem Militärgehilfen...

Die historische Ortsverwaltung einschließlich der Angestellten sowie die Städtedelelegation wurden einstimmig wiedergewählt. Zu dem Bericht über die Lohnverhandlungen für die Schuhindustrie wurde mitgeteilt...

Der Wochenbeitrag beträgt 20 RM, gestaffelt in 10 Klassen; mit der niedrigsten Klasse von 20 RM, dazu kommt in allen Klassen der Sozialbeitrag von wünschentlich 100 RM.

In einer Entscheidung zur Unterstützung im Ruhrgebiet, die einstimmig angenommen wurde, kam zum Ausdruck, daß die Schuhmacher Breslaus den gemeinsamen Lohnabzug durch den Beschluß der Breslauer Arbeitergewerkschaft ablehnen...

Breslau. Totales. Folgen des Hungers.

Breslau, den 9. Februar. Bergbauvereine des hungernden Proletariats. Am Freitagabend wurde der Preis für Reis in einigen Lebensmittelgeschäften in der Nikolaivorkstadt innerhalb weniger Stunden um 100 Mark erhöht...

Sublan. Ein netter Arbeitervertreter ist der Sekretär des Landarbeitersverbandes Müllsch, Ernst Kühler, wohnhaft in Trachenberg. Die Kommunisten bezeichnet er als Spießhaken, arbeitscheues Gesindel und Arbeiterfeinde. Daß er selbst aber ein Arbeiterfeind schlimmster Sorte ist...

Briefkasten.

An alle Berichterstatter. Wegen Platzmangel mußten viele Berichte zurückgestellt werden. Königszell. Gewerkschaftsartikel. Anzeige für die Versammlung des Gefangenvereins ging zu spät ein...

Versammlungs-Kalender.

- KPD Bezirksleitung: Kaffee u. Stoffe: Bresl. Nikolaistr. 49/51. Fernruf: Ring 837. Adresse: Alfred Dörmann, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 5384. Alfred Dörmann.
KPD Kreisleitung: Kaffee u. Stoffe: Bresl. Nikolaistr. 49/51. Fernruf: Ring 837. Adresse: Alfred Dörmann, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 5384. Alfred Dörmann.
KPD Kreisleitung: Kaffee u. Stoffe: Bresl. Nikolaistr. 49/51. Fernruf: Ring 837. Adresse: Alfred Dörmann, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 5384. Alfred Dörmann.

Gewerkschaften.

Breslau. Kommunisten der Linke-Holmann-Werke. Nachmittags findet die für den 11. Februar angekündigte Sitzung erst Sonntag, den 18. Februar, vorm. 9 Uhr im Parteibüro statt.

Andere Organisationen.

Breslau. Freie Elternvereingung. Unsere Jahresversammlung findet am Samstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftsbüros statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Bericht neuen Schülern...

Sehsprechhaus. Cochererstr. 17. Telefon 1111.
Zeltgarten. Ad. L. Feiler, eigl.
Ringkampfkonkurrenz und Duelle.
Stern-Kino. Salzstraße 2/4.
Achtung! Wo?
Kristall.
Beachte!
Injektionen!

Verwaltung der Stadt Straßenbahn.
Sohlenleder-Anschnitt.
Gebr. Tischler.
Haare Schafwolle.
H. Franzberger.
Brüll & Co.
Sie müssen wissen Sie einen Anzug.
N. H. Schmidt.

Messong. Besonders vorteilhafte Angebote in Strümpfen, Trikotagen, Wollwaren, Leinen, Baumwollwaren, Kleiderstoffen, Schlafwaren + Haushalt.
A. Linke. Breslau - Lessingstr. 10.
Zähle für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle die höchst. Tagespreise.
Genosse Kranke, Reuschestr. 50.
Hast Du schon das Komunistische Element gekauft?
Werbe für Dein Partei-Organ!

Gold-Silber. Platin - Bruch, Dublee kauft über Reklampreis B. Heentschel, Reuschestr. 47/48, Haus Tichauer.
Lassen Sie sich nicht durch Phantasiepreise anlocken, die Ihnen nachher doch nicht gezahlt werden.
Ich zahle für alle Sorten
Altmetalle
Alteisen dem Dollarstande entsprechend höchste Tagespreise.
Metallfeller Lessingstr. 9. Tel. R. 11569.
Friedrich Herold

Räubel aus dem Sad!

Die chauvinistische Strömung macht verheerende Eroberungen. Diese Worte unteres Genossen Simonow zu Kriegsbeginn...

In Breslau wird das Treiben der Nationalisten zu einer wahren Plage. In den Lokalen lassen sie nationalistische und monarchistische Veder...

Die Propaganda Breslaus können sich aber nicht allein auf die Polizei verlassen. Sie dürfen bei den Provokationen der Patrioten nicht abwarten...

Wenn Sad, Arbeiter, die chauvinistischen Hege belästigen, dann gebe ihnen eure Fäuste so zu spüren...

Festnahme Jugendversammlung.

Am Sonntag, den 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe der Kommunistischen Jugend eine Versammlung ab, in der Genosse Ledtke...

Brüder, die Hände.

Durch das Ged. "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" wurden die Ansprachen des Genossen Ledtke...

Waldenburg. Eine öffentliche Volksversammlung.

Die hier gut besucht war, fand hier am vergangenen Sonntag statt. Gen. Graf referierte über das Thema: Die Arbeiterbewegung...

Die Stadt hat kein Geld. Darum beschließen Sozialdemokratie und Bürgerbund Erhöhung der Gas-, Elektrizität- und Straßenbahnfahrpreise und geben drei Millionen für den nationalistischen Ruhrrummel.

Selten haben sich die Heuchler im Stadtparlament so offen gezeigt, als in der letzten Sitzung am Donnerstag, den 8. Februar. Sie jammerten in alter Weise über die Finanznot der Stadt...

Der Beginn der Sitzung war ziemlich ruhig. Eine Anzahl Tagesordnungspunkte wurden mit der üblichen Interesselosigkeit erledigt.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise ab 12. Februar

wie folgt vor: einfache Fahrt bis 9 Uhr abends innerhalb der Jahrgrenzen 100 Mt., über die Jahrgrenzen 120 Mt., von 9 Uhr abends an 140 Mt., Umsteigerfahrt bis 9 Uhr abends innerhalb der Jahrgrenzen 120 Mt., über die Jahrgrenzen 140 Mt., von 9 Uhr abends an 160 Mt., Wochentarten bis 11 Uhr abends innerhalb der Jahrgrenzen 720 Mt., für Kriegsberufte 360 Mt., Wochenkarten 1000 Mt., Schülerwochenkarten 150 Mt., Umsteigerwochenkarten 1200 Mt., Negkarten 1500 Mt., Vorkurswochenkarten 800 Mt., Streckentarten 1500 Mt. Alle Wochen- und Monatskarten mit Ausnahme der Schülerkarten haben bis 11 Uhr abends Gültigkeit. Kinder im Alter von 6-14 Jahren zahlen für die Fahrt 50 Mark. Der Fahrchein berechtigt auch zum Umsteigen, wenn dies vor Lösung desselben verlangt wird.

Im Anschluß daran wurde in alter Frier darüber geredet, daß man die Erhöhung "sehr bedauere" und es wurden wie üblich auch einige Quackalbersprüche zur Besserung gemacht. Sodann wurde die Erhöhung einstimmig beschlossen. Die Sozialdemokraten hätten bei der Beratung dieses Antrages Gelegenheit gehabt, die Frage der

Entlassung von Straßenbahnern

zu besprechen. Von den 240 Entlassenen ist dies geordert, und ein diesbezüglicher Antrag dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Raich unterbreitet worden. Die SPD stellt es nicht für notwendig, die Interessen der Entlassenen zu vertreten. - Dringlichkeitsantrag 4 brachte eine

Erhöhung der Preise für Gas- und Elektrizität

Sozialdemokrat Darf begründete die Notwendigkeit dieser Erhöhung damit, daß die Löhne der städtischen Arbeiter erhöht werden. Es wurde einstimmig beschlossen, den Gaspreis um 23 Mt. pro Kubimeter und Elektrizitätspreis (Beleuchtungs- und Arbeits-Elektrizität) innerhalb der Sprechstunden um 41 Mt. für die Kilowattstunde, Arbeits-Elektrizität außerhalb der Sprechstunden um 21 Mt. zu erhöhen. Bei Beratung dieses Antrages wurde von deutschnationaler und demokratischer Seite verlangt, daß künftighin die Arbeiterlöhne in der Vorlage spezifiziert werden sollen. Der "Demokrat" hatte äußerte, die ledigen städtischen Arbeiter verdienten zu viel.

Darauf wurde der Dringlichkeitsantrag 5 betr. Bewilligung von

3 Millionen für das Ruhrgebiet

beraten. Sozialdemokrat Ward begründete und empfahl diesen Antrag. Er meinte, Arbeiter, Angestellte und Beamte führten den Kampf erlitten einmal als Deutsche, dann aber auch für ein großes politisches Ziel. Es sei der größte Kampf gegen den Militarismus, ein Kampf des Reiches gegen die brutale Macht. Begegnend für seine Rede ist, daß die bürgerliche Presse lobend meint, er habe den Antrag mit warmen Worten begründet. Schließlich wurde die Vorlage ohne Debatte einstimmig angenommen. Warum sollen schließlich auch die deutschnationalen reden, wenn schon die Sozialdemokraten nationalstische Phrasen dreschen?

revolution in Bayern. Offizieren usw.

Bei der am Schluß vorgewonnenen Vollerammlung zur Debatte der Anträge wurde ein Antrag von 184 Mt. angenommen, ebenso wurden Renaufnahmen gemacht.

Ortsauschüsse. Ortsauschüsse der freien Gewerkschaften am 22. Januar 1923.

Wie sehr viele Ortsauschüsse der freien Gewerkschaften in bürgerlich-nationalistisches Fahrwasser geraten sind, bewies der Ortsauschuss in Greibitz. Auf der Tagesordnung dieser letzten Sitzung stand u. a. ein Propagandasitzung zugunsten der invaliden Kollegen. Es wurde ein Programm vorgelegt, auf dem u. a. folgende Forderungen standen: Deutschlands Ruhm, Bergangene Zeiten, Deutschlands Wohlfahrt usw. Anschließend an das Kongress sollte - wohl zur Beruhigung der Invaliden - ein denatiges Programm der Arbeiterbewegung vorgelesen und betonen die Notwendigkeit, gerade jetzt unter den Massen Aufklärungsarbeit zu leisten. Demnach wurde das Programm einstimmig (nur Genosse Reich lehrte es ab) angenommen. Darauf griff die Greibitzer Volkszeitung die Erste und besonders den Genossen Reich heftig an und enthielt sich nicht zu behaupten, er hätte kein Verständnis für die Not der Invaliden. Es wird Sache des Gen. Reichs sein, in der nächsten Ortsauschusssitzung diese Lage darzutun. Unter Punkt 1. Bericht gab der Ortsauschussführer Kunde einen kurzen Bericht von der letzten Stadtratswahl. Gen. Reich ging mit Kunde hart ins Gericht und brandmarkte die sechs SPD-Stadtratsmitglieder, die den deutschnationalen Parteiführer Richter zum Vorsteher wählten und den Demokraten Thiele durchwählten. Es ist höchste Zeit, daß bald Renovationen stattfinden, damit ihrem Kampfbund mit den Bürgern ein Ende gemacht werden.

Konkret D.S. Zur Kreiswahl.

Im Kreis Konkret wurden die Genossen Beisel und Schubert in den Kreis gewählt. Unsere Partei hat trotz der sehr geringen Wahlteilnahme auf dem Lande an Stimmen gewonnen. Nur in einzelnen Orten hat sich der Kleinrentnerstand abgemindert. Die SPD hat mit 4 Mandaten gerechnet und nur 2 erhalten. Ein Zeichen, daß die Arbeitermassen immer mehr erkennen, daß die SPD keine Arbeiterpartei ist. Das Zentrum hat große Verluste erlitten, indem die Schulen zur Wahlpropaganda ausgezogen wurden.

Stellung D.S. Stadtratswahl.

Am 1. Januar 1923. In Beginn der Sitzung wurden die neuen Stadtratsmitglieder, welche an Stelle der als Magistratsmitglieder gewählten Stadtratsmitglieder eingetreten sind, vom Vorgesetzten sich zu einem eingehenden Bericht über die Mit-

Der nächste Dringlichkeitsantrag sah eine Anpassung der Richtsätze für die Gaspreiserhöhung bei Minderverbämte vor. Es wurde beschlossen, vom 1. Februar ab die Richtsätze den jeweiligen Unterstufungsstufen der Erwerbslosenfürsorge und bei Kapitalrentnern den jeweiligen vom Ministerium festgelegten Einkommenshöchstgrenzen anzupassen. Der Antrag wurde angenommen mit der Abänderung, die zu gewöhnliche Monatsverbrauchsmenge vorher festzusetzen: 20 Kubimeter bei Familien bis 2 Köpfe, 30 Kubimeter bei Familien bis einschließlich 4 Köpfe und 40 Kubimeter bei solchen mit mehr als 4 Köpfe. Ein ungedruckter Dringlichkeitsantrag forderte 30 Millionen für die Beschaffung von Material für die Gasverwaltung. Er wurde angenommen. Darnach wurde in der Tagesordnung fortzufahren. Die nach dem Reichsgesetz vorgesehenen Erhöhungen der

Notstandsleistungen für Sozialrentner

wurden bewilligt und der Magistrat ermächtigt, in Zukunft die Auszahlungen sofort vorzunehmen, nachdem im Parlament Rentnenerhöhungen beschlossen worden sind. Dadurch soll vermieden werden, daß die Unterstützungsbüro durch die Verzögerung bei der parlamentarischen Behandlung an Kaufkraft verlieren.

Eine längere Debatte rief die Vorlage betr. Erhebung

einer Nachtragssatzung zu den Realsteuern für 1922 hervor. Die Vorlage wurde gemeinsam mit der in voriger Sitzung zurückgestellten sozialdemokratischen Anfrage über eine Reform der Gewerbesteuer behandelt. Sozialdemokrat Darf begründete die Vorlage und vertrat dabei wieder seine Theorie, daß man die Last auf mal auf die andere Schulter legen müsse. Bemerkenswert sind die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Wagner zu dieser Vorlage. Er führte wörtlich aus:

"Wir haben die Finanzen aufrecht erhalten durch eine brutale Steuer auf Gas, Wasser und Elektrizität. Diese Steuer ist schlimmer als jede Einkommensteuer."

Zur Frage der Aufnahme weiterer schwebender Schulden legte der Oberbürgermeister die Frage vor: "Was dann, wenn sich niemand mehr findet, der uns diese vielen hundert Millionen leiht?" Aus dieser Rede kam deutlich die

vollständige Ausweglosigkeit

heraus. Es gibt kein Mittel, den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie aufzuhalten. Der Parlamentarismus ist völlig bankrott. Nur zwei Wege bleiben offen; entweder Diktatur des Kapitals und Untergang der menschlichen Gesellschaft in die Barbarei, oder Diktatur des Proletariats und Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, des Reiches der Freiheit. Das ist die Konsequenz der Rede des Oberbürgermeisters. - Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Eine längere Debatte rief eine dringliche Anfrage des

Stadtratsmitglied W. D. (Soz.) hervor, was der Magistrat zur Niedrighaltung der

ungehört gestiegenen Bestattungskosten

zu tun gedenkt. Der Fragesteller skizzierte trefflich das Elend, das auch materiell in die Familien einzieht, die einen Todesfall zu verzeichnen haben. In vielen Beispielen zeigte er, wie die Bevölkerung - nicht zuletzt von der Kirche - in die er Hinsicht ausgezehert wird. Die ja schon Ausführungen des Sozialdemokraten Widerra riefen den Zentrumsmann Dr. Herschel hervor, der die Uneigennützigkeit der Kirche feststellte. Dabei zog er sich einen energischen und berechtigten Ordnungsruf zu.

Ohne längere Debatte wurden folgende Vorlagen angenommen: Aufhebung der Gebührenordnung für die Benutzung der Entwässerungsanstalt; Festschließung der Vergütung für nebenamtlichen Unterricht an den höheren, mittleren und Volksschulen; Verstärkung der Mittel zum Bau eines Betriebsgebäudes auf dem Friedhofe Döwitzer Straße; Beschaffung eines Barmwärmeparates zum Schweißen von Straßenbahnstienen; Erhöhung des Stammlapitals der Städtischen Bank; Instandsetzung der Abortanlage im Städtischen Jugendheim; Bau eines Kanals in der Malapaststraße u. a. m. In die Ausschüsse wurden geschickt: Nachträge zur Baupolizeigebührenordnung; Anwartschaft der Theatermitglieder auf städtische Renten; Bereitstellung weiterer Mittel für die Wasserkraftwerke in der Süder- und Noberoder. Kurz vor 8 1/2 Uhr wurde die Sitzung, der eine geheime folgte, geschlossen.

te-lungen seitens des Bürgermeisters Schwan ist die

Zusicherung hervorzuholen, daß in kurzer Zeit die Möglichkeit eintritt, in den Räumen des Gymnasiums die Volksschulkinder zu unterrichten. Von der Versammlung wurde der Magistrat ersucht, schleunigste Schritte zur Freimachung der Schule in der Kroneprinzenstraße zu unternehmen, da dortselbst 14 Schul-Klassen seit 6 Monaten leerstehen und von der Schupo nicht freigegeben werden mit dem Hinweis, daß die Räume neu beheizt werden. Eine Vorbereitungs-Kommission wurde gewählt, zwei Klassenprüfer, ein Ausschuss für die Verwendung der Wohnungsbauabgabe und eine Revision-Kommission für die Volksschule. Eine lebhafteste Debatte brachte die Beschlußfassung über den Erlaß eines Ortsplans betr. die Zivilquartierquartierung. Da der Entwurf hierzu nicht allen Stadtratsmitgliedern rechtzeitig eingegangen ist, ergreift Genosse Ballon das Wort, um auf die Sache einzugehen. Durch die schnelle Unterbrechung und Fortsetzung seitens des Stadtratsvors. Becht konnte aber Genosse Ballon sich nicht dahin rechtfertigen, daß er als Kommunist selbstverständlich die Zivilquartierung nicht befehlen will, daß es jedoch Pflicht des Magistrats gewesen ist, den Entwurf zum Ortsplan jedem Stadtratsmitglied rechtzeitig vor der Sitzung zuzustellen. Das Honorar des Augenarztes Dr. Ubrich für die Behandlung Ortsarmer wurde erhöht. Ferner wurde die Vorlage über die gezielte Erhöhung der Armenunterstützung angenommen. Mit der Gaswerks-Jahres-Rechnung erklärte sich die Versammlung einverstanden. Ueber eine Reihe von Beamtenangelegenheiten referierte Stadtratsmitglied Sagolla. Erwähnenswert ist die Bezeichnung einer beabsichtigten Stadtratsstelle durch einen Juristen. Stadtratsmitglied Genosse Scholz sprach gegen die Befegung mit einem Juristen und hob mit Recht hervor, daß wir in unter Republik noch viel höhere Stellen mit Richtjuristen besetzt haben und dem Züchtigen freie Bahn gebührt. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Kommunisten die Stelle eines juristisch vorgebildeten Stadtrats eingeholt. Recht lebhaft war ferner die Debatte über den eingebrachten Antrag der Mittelstandspartei auf Einführung organisatorischer Änderungen zum Zweck der Durchführung des Reichsrentengesetzes. Referent Stadtrat Zimmermann (Mittelst.) setzte die Gründe auseinander und schilderte die Kollage der Hausbesitzer. Genosse Ballon hat den größten Teil der Stadtratsmitglieder auf seiner Seite durch Brand-Rufe als er dem Stadtrat Zimmermann antwortet: Wenn der Hausbesitzer sich tatsächlich in einer Kollage befindet, so kann er sich ja durch ein einfaches Mittel aus dieser Lage befreien; er braucht nur den Antrag auf Kommunalisierung seiner Befestigung stellen. Bei der Unterzeichnung des Protokolls stellt sich schließlich die Beschlußfähigkeit heraus, da viele Stadtratsmitglieder den Saal bereits verlassen haben.